

Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

Wien, am 26. April 2016

Geschäftszahl (GZ): BMWFW-10.101/0156-IM/a/2016

- In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 8406/J betreffend "finstere Aussichten für heimische Wirte", welche die Abgeordneten Mag. Roman Haider, Kolleginnen und Kollegen am 26. Februar 2016 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 bis 12 der Anfrage:

Unbeschadet der Frage der Ressortzuständigkeit ist Folgendes anzumerken:

Der Abbau von Verwaltungslasten für Unternehmen und die Entbürokratisierung zählen zu den wesentlichen Zielsetzungen der Bundesregierung und des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft. Gleichwohl gilt es, bestimmte Zielsetzungen wie etwa den Schutz der Gesundheit oder die Verhinderung von Abgabenverkürzungen konsequent zu verfolgen, wobei das Erreichen dieser Ziele zweifellos mit einem absoluten Minimum an Bürokratie zu erfolgen hat.

Die Einführung eines generellen Rauchverbots hat sich als notwendige Maßnahme erwiesen, um die Gesundheit von Angestellten wie auch von nicht rauchenden Gästen effektiv zu schützen, nachdem sich gezeigt hat, dass die bislang bestehende Regelung dies nicht gewährleisten konnte.

Maßnahmen wie die Registrierkassenpflicht und Aufzeichnungspflichten sollen dazu beitragen, Schwarzumsätze und Abgabenverkürzungen zu bekämpfen, um so faire

Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten und die Überprüfung der Aufzeichnungen effizienter und damit auch für die Wirtschaft weniger aufwändig zu gestalten.

Der Abbau von Bürokratie und Verwaltungslasten für Unternehmen ist ein wichtiges Anliegen, welches mit Entschiedenheit vorangetrieben wird. In diesem Zusammenhang ist auf entsprechende Vorhaben im Regierungsprogramm und insbesondere die Einsetzung der unabhängigen Aufgabenreform- und Deregulierungskommission im Mai 2014 hinzuweisen, deren Ziel es war, auf Grundlage bereits vorliegender Vorarbeiten, den Normenbestand systematisch zu beleuchten und unter Setzung von Schwerpunkten dahingehend zu hinterfragen, ob Vereinfachungen möglich sind bzw. ob auf bestimmte Regelungen verzichtet werden kann. Im Juni 2015 fand ein Reformdialog der Bundesregierung zum Themenfeld Verwaltungsvereinfachung statt. Anlässlich dieses Dialogs wurde das Ergebnis der Aufgabenreform- und Deregulierungskommission vorgestellt. Die Bundesregierung einigte sich auf 24 Maßnahmen, welche den Vorschlägen der Kommission entsprechen und den Unternehmen, Bürgern und dem Staat Kosteneinsparungen von über € 80 Mio. bringen.

Ein Maßnahmenpaket, das Investitionen unterstützen und einen Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze leisten soll, sieht Folgendes vor:

- Das Kumulationsprinzip im Verwaltungsstrafrecht für Unternehmen soll weitgehend abgeschafft werden. Künftig soll bei geringem Verschulden oder keiner bewussten Schädigungsabsicht nur eine geringere Gesamtstrafe verhängt werden können.
- Interdisziplinäre Gesellschaften zwischen Freiberuflern und Gewerbetreibenden sollen ermöglicht werden, damit fachübergreifende Gründungen möglich sind. Das schafft Flexibilität für Unternehmen und Service für Bürger aus einer Hand.
- Günstiger gründen: Die Handysignatur soll generell, insbesondere bei einfachen Gründungen, ein gleichwertiger Ersatz für die notarielle Beglaubigung werden. Standardgründungen wären mit Mustersatzung ohne das Erfordernis eines Notariatsaktes möglich. Damit wird der Gründungsprozess einfacher und günstiger.
- Beschleunigung von Genehmigungsverfahren:
 - In Zukunft soll die Bezirkshauptmannschaft als One-Stop-Shop agieren. Diese Verfahrensvollkonzentration soll eine spürbare Entlastung für Bürger wie für

Unternehmen bringen. Weiters sollen die bisher erforderlichen Einreichunterlagen reduziert werden.

- Eine weitere Beschleunigung des Verfahrens soll durch die Wahlfreiheit bei Sachverständigen erreicht werden, wenn Amtssachverständige nicht sofort ausreichend zur Verfügung stehen. Dadurch sinkt die Genehmigungsdauer; Amtssachverständige werden entlastet und stehen Unternehmen schneller zur Verfügung.
- Bei kleinen Betriebsanlagen soll die 2015 erreichte Freistellung von der gewerberechtlichen Genehmigungspflicht flächenmäßig ausgebaut werden. Künftig sollen diesen Vorteil kleine Einzelhandelsbetriebe bis zu 400 m² Betriebsfläche nutzen können.
- Betriebsanlagen mit geringem Gefährdungspotenzial sollen zukünftig binnen maximal zwei Monaten genehmigt werden.
- Künftig sollen Arbeitgeber nicht mehr verpflichtet sein, Gesetze und Verordnungen zum Arbeitnehmerschutz aufzulegen oder elektronisch bereitzustellen.
- Als weitere Maßnahme sollen die Veröffentlichungspflichten für bestimmte industrielle Anlagen reduziert werden.

Folgende Maßnahmen wurden bereits wirksam:

- Die Zahl der verpflichtenden Beauftragten wurde bislang um vier reduziert, was Aufwand und Kosten für die kumuliert bis zu 53.000 betroffenen Unternehmen spürbar verringert.
- Entbürokratisierung der Arbeitszeitaufzeichnungen etwa durch Ausweitung des Entfalls der Aufzeichnung von Ruhepausen und eine verstärkte Möglichkeit von Saldenaufzeichnungen. Weiters entfallen die Aufzeichnungspflicht bei täglich gleichbleibenden Arbeitszeiten und die Meldeverpflichtung an das Arbeitsspektorat über Schichtpläne und Kurzpausen.
- Auf Initiative meines Ressorts wurde die Schwellenwerteverordnung bis Ende 2016 verlängert. Diese ermöglicht eine unbürokratische Vergabe von Aufträgen und hilft damit vor allem der regionalen Wirtschaft. Für Länder und Gemeinden sinkt der Verwaltungsaufwand, Betriebe kommen schneller an ihr Geld und können damit Wachstum und Beschäftigung sichern. KMU können für kleinere Aufträge direkt zur Anbotslegung eingeladen werden, ohne sich an komplexen Vergabeverfahren beteiligen zu müssen.

- Über 5.000 Unternehmen profitieren seit 2015 von wegfallenden Meldepflichten im EU-Warenverkehr.

Im Übrigen ist auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 6240/J zu verweisen.

Herkunftsbezeichnungen für Fleisch fallen in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

Dr. Reinhold Mitterlehner

